

Das sich die Deutschen verpflichtet, Gassen und Umgebung zu verlassen, während die Polen die Gasse des eroberten Kriegsmaterials herausgaben.

Die Befehle wurden freigelassen. Verschiedene kleine Städte, wie Schrimm, Czempin u. a., wurden auf Grund friedlicher Vereinbarung in polnische Verwaltung übernommen.

Die Abfertigungskommission des Vollzugsamtschusses des Arbeiter- und Soldatenrats und der kommandierende General von Podolski haben einen Korpsbefehl erlassen.

Polen, 2. Januar. Während der gestrigen Verhandlungen im Parlament erklärten der Oberpräsident und der Regierungspräsident den Ministern, daß sie zurücktreten werden.

Notiz polnischer Anmarsch auf Berlin.

Das Kriegsministerium teilt mit: Die wir von unterrichteter Seite erfahren, enthält die Nachricht, daß 30.000 Polen bereits im Anmarsch auf Berlin seien...

Die Polen in Ostrowo und Znin.

Nach einem Telegramm des Deutschen Vereins in Znin an das P. L. befindet sich auch der Kreis Znin völlig in den Händen polnischer Soldaten.

Ebert über die neue Regierung.

Ebert hat seinen Vertreter des P. L. empfangen und sich dem gegenüber folgenmaßen geäußert: Mit dem Zutritt meiner zwei Freunde Koste und Wiffel hat Deutschland zum ersten Male eine neue Regierung...

Die Lage im Baltikum.

Berlin, 1. Januar. Von einem Ultimatum, das die im Baltikum gelandeten Engländer an das deutsche Oberkommando und damit an die deutsche Regierung gerichtet haben...

Riga muß geräumt werden.

Riga, 1. Januar. Am Sonntag haben die deutschen Streitkräfte die Offensive zwischen Riga und Znin begonnen...

Reichskonferenz des Spartakusbundes.

Der Spartakusbund hat am Montag gegen den Rat seiner Führer und noch „radikaler“ als sie die Beteiligung an den Wahlen zum 19. Januar abgelehnt...

Sind steht also noch einmal vor der Entscheidung, ob er durch Beteiligung an den Wahlen oder durch den verdrängenden Versuch, sie gewaltsam zu verhindern, seine Ohnmacht beweisen will.

Auf der Dienstags-Tagung ist auch in hohen Tönen über die Abwehraktion der Deutschen gegen den bolschewistischen Vormarsch in den baltischen Ländern geredet worden.

Beratung des Aktionsprogramms.

Becker-Dresden gibt die Entscheidung der Internationalen Kommunistenpartei bekannt, die sich mit der näheren Ausführung des geschlossenen Bündnisses befaßt.

Tann spricht Rosa Luxemburg über das bolschewistische Aktionsprogramm: Der Umstand, daß Spartakus und Kommunisten sich gestern zu einer selbständigen Partei zusammenschlossen haben, bringt uns, ein einheitliches Programm zu entwickeln.

Wir müssen uns auf eine Periode sehr scharfer Zusammenstöße gefaßt machen. Aus dem Gelegten ergibt sich für uns als erste Richtlinie: der Sturz der Regierung Ebert-Scheibemann und Erhebung derselben durch eine proletarische Regierung.

In der Diskussion tritt Breuer-Worpschke für radikale Entschlüsse ein. Reine fordert sofortige Lösung der Agrarfrage. Karl Biedscheid spricht zu den einzelnen Punkten des Programms.

Ein Antrag auf Erlass der Debatte wird angenommen. Rosa Luxemburg ist unzufrieden geworden und kann das Schlußwort nicht halten.

Vor Eintritt in die weitere Tagesordnung wird eine von Rosa Luxemburg aufgestellte Resolution einstimmig angenommen.

Die genaue Festlegung der einzelnen Programmpunkte der kommunistischen Partei wird einer besonderen Kommission überwiesen.

Hierauf spricht Hugo Eberlein über Organisationsangelegenheiten. Da eine Abordnung der revolutionären Obleute und Vertrauensleute eintreffen, um mit dem Parteivorstand Rücksprache zu nehmen...

Die Ausarbeitung des Organisationsstatuts wurde der Kommission übertragen.

Beschlossen wurde, die Zentrale in der bisherigen Zusammensetzung bis zum nächsten Parteitag bestehen zu lassen und frühlich von den internationalen Kommunisten einen Sitz in der Zentrale einzunehmen.

Zum letzten Punkt der Tagesordnung: Die internationale Konferenz der Arbeiterpartei in London ist eine Resolution vor, welche im wesentlichen sagt, daß die Reichskonferenz es ablehnt, in einer internationalen Konferenz der Sozialisten teilzunehmen.

Deutschlands künftige Verfassung.

Ueber die zukünftige Verfassung des Deutschen Reiches macht der Vormarsch folgende Bemerkungen, die sich zum Teil mit dem bereits in der Presse gemachten Angaben decken:

In die Spitze der Deutschen Republik soll ein vom Volk gewählter Präsident treten. Es ist noch nicht entschieden, ob dieser Präsident noch dem System der absoluten oder der relativen Verantwortlichkeit werden soll.

Konflikt mit den geschloßenen Körperlichkeiten kommen muß. Der Präsident soll eine Stellung haben, die zwischen der des amerikanischen Präsidenten und des englischen Königs liegt.

Das Staatenhaus ist unbedingt notwendig, um dem föderalistischen Grundzug des Deutschen Reiches zu tun, besonders wenn eine Angleichung Deutschlands zu einer näher Zukunft über für später ins Auge gefaßt wird.

Das Staatenhaus ist unbedingt notwendig, um dem föderalistischen Grundzug des Deutschen Reiches zu tun, besonders wenn eine Angleichung Deutschlands zu einer näher Zukunft über für später ins Auge gefaßt wird.

In dem neuen Deutschen Reich ist der Fortbestand Preußens in seiner bisherigen Form unmöglich. Die altpreussischen Tendenzen wirken übermächtig, wenn Preußen mit seinen 40 Millionen Einwohnern die absolute Mehrheit der Einwohner des ganzen Deutschen Reiches in die Wahlgänge werfen könnte.

Die Verlegung Preußens wird wahrscheinlich dadurch gefördert werden, daß man im allgemeinen die Zahl der Vertreter der Bundesstaaten im Staatenhaus auf 60 beschränkt, und zwar so, daß auf je eine Million der Einwohner Deutschlands ein Vertreter entfällt.

Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Erfreulicherweise wird jetzt aus Spa gemeldet, daß die Entente energische Maßnahmen getroffen hat, um eine gute Behandlung des deutschen Eisenbahnpersonals herbeizuführen.

Die Verhandlungen der Waffenstillstandskommission.

Die deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Erfreulicherweise wird jetzt aus Spa gemeldet, daß die Entente energische Maßnahmen getroffen hat, um eine gute Behandlung des deutschen Eisenbahnpersonals herbeizuführen.

Die Entente erklärt, wie die deutsche Waffenstillstandskommission mitteilt, der Hauptzweck des Waffenstillstands darin, eine Wiederaufnahme der Heiligkeit durch Deutschland zu verhindern.

Deutschland ist die nötige Unmöglichkeit einer Wiederaufnahme der Heiligkeit erwiesen. Es wurde deshalb von der deutschen Waffenstillstandskommission angeregt, namentlich die weitere Erleichterungen für den Verkehr und die Verwallung im besetzten Gebiet zu gewähren.

Der Antrag dazu war, daß mehrmalige Verhandlungen wegen Zahlung letzter Löhne durch das geringe Entgegenkommen der Unternehmer scheiterten. Die Unternehmer lehnten es strikte ab, letzte Löhne einzuführen.

Ein Streit der Kaffeehauskeller.

Während am Silvesterabend in Berlin aus. Infolge des Streiks sind alle großen Berliner Kaffeehäuser plötzlich geschlossen worden.

Der Streit über die Kaffeehauskeller hat eine größere Umfassung angenommen, als anfangs zu erwarten war und hat zur Folge gehabt, daß im Laufe des letzten Jahres die Kaffeehauskeller der meisten großen Berliner Hotels und Restaurants ihre Restaurationsbetriebe schließen.

Berlin, 2. Januar. Der in der Reichswehrmacht ausgeschlossene Kaffeehauskeller hat eine größere Umfassung angenommen, als anfangs zu erwarten war.

Wünchen, 1. Januar. Bei einem im Münchner Arbeiterentworfene Komitee, die mit einem Zusammenschluß mit der Ortsgruppe sprich auch von vier Toten.

Aus aller Welt.

Wünchen, 1. Januar. Bei einem im Münchner Arbeiterentworfene Komitee, die mit einem Zusammenschluß mit der Ortsgruppe sprich auch von vier Toten.